



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und SSW

Northvoltansiedlung bestmöglich unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den Einsatz der Landesregierung und der Akteurinnen und Akteure insbesondere in der Region Heide und der ganzen Westküste, um die Ansiedlung des Unternehmens Northvolt zu realisieren und den Prozess dabei bestmöglich zu begleiten.

Die dortige Ansiedlung hat das Potenzial die ganze Region nachhaltig wirtschaftlich zu verändern und Schleswig-Holstein auf dem Weg zum ersten klimaneutralen Industrieland erheblich voranzubringen.

Unser Ziel ist, dass Northvolt auch in Schleswig-Holstein erneuerbare Energien zu einem international wettbewerbsfähigen Preis beziehen kann. Daher bittet der Landtag die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für eine Reform der Netzentgelte einzusetzen, die diese in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, jedoch noch nicht umgesetzt hat.

Der Standortvorteil Schleswig-Holsteins, das Vorhandensein von erheblichen Mengen Erneuerbarer Energien, darf nicht zu einem Nachteil werden. Es muss eine faire Kostenverteilung auf Bundesebene stattfinden, damit Schleswig-Holstein im Bereich der Strompreise nicht unfaire Weise benachteiligt wird. Insbesondere für Zulieferer und nachfolgende Ansiedlung weiterer Unternehmen wird ein wettbewerbsgerechter Strompreis wichtig sein.

Zusätzlich zur Reform der Netzentgelte sind weitere Instrumente erforderlich, um Deutschland und die EU im globalen Wettbewerb wettbewerbsfähig zu machen und Abwanderung von energieintensiven Unternehmen (Carbon Leakage) zu vermeiden. Neben einer Reform der Abgaben und Umlagen sollte in diesem Zusammenhang geprüft werden, wie CO₂-Vermeidungskosten beispielsweise über Differenzverträge (Carbon Contracts for Difference) kompensiert werden können.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für die Einführung entsprechender Instrumente einzusetzen.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für eine verstärkte Finanzierung zum Ausbau der bundeseigenen Schieneninfrastruktur in dieser Region einzusetzen. Dazu gehört auch die Verstärkung der Eisenbahninfrastruktur, damit die erforderlichen schweren Güterzüge den Standort Heide erreichen können.

Der Landtag begrüßt gleichwohl den Einsatz der Bundesregierung, die die Ansiedlung von Northvolt in der Region Heide aktiv unterstützt und den Prozess konstruktiv begleitet.

Die dortige Ansiedlung bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Akteurinnen und Akteure auf kommunaler, Landes- als auch Bundesebene.

Ferner bittet der Landtag die Landesregierung, sich gemeinsam mit der Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine bessere Förderung solch innovativer Unternehmen und Technologien stark zu machen. Analog zum europäischen Chip-Gesetz könnte auf ein europäisches Batterie-Gesetz hingewirkt werden, um Europa unabhängiger in diesem für die Zukunft kritischen Bereich aufzustellen und dies durch eine gemeinsame Förderung auf EU-Ebene zu untermauern.

Begründung:

Die geplante Northvoltansiedlung ist die größte Wirtschaftsansiedlung seit Jahrzehnten. Die Ansiedlung hat die Chance die komplette Westküste von der Region Heide bis zum Hamburger Rand nachhaltig wirtschaftlich zu transformieren. Es ist ein absolutes Leuchtturm-Projekt an der Westküste mit Strahlkraft in die ganze Bundesrepublik und auch auf ganz Europa. Deshalb muss es von allen Ebenen mit größter Anstrengung unterstützt werden.

Die Ansiedlung würde viele tausende Arbeitsplätze schaffen und die Region auch infrastrukturell stärken. Es ist ein Fingerzeig für die Attraktivität der ganzen Region aufgrund ihrer Standortvorteile mit Erneuerbarer Energie und wird eine Zugwirkung auch für andere Unternehmen darstellen.

Auch deswegen ist es von elementarer Bedeutung, dass die Bundesregierung die Reform der Netzentgelte vorantreibt und endlich für eine gerechte Kostenverteilung auf Bundesebene sorgt. Schleswig-Holstein darf nicht weiter benachteiligt werden, weil es verstanden hat, dass Erneuerbare Energie der Weg in eine nachhaltige Zukunft und klimaneutrale Industrie ist.

Darüber hinaus müsste die Bundesregierung auch bei den Schieneninfrastrukturprojekten das Land mehr unterstützen. So sollte die Elektrifizierung der Bahnstrecke von Itzehoe bis zum Werksgelände in Heide in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrsplans aufgenommen werden. Dies gilt ebenso für den Bau einer neuen Schienenverbindung zwischen Horst und Itzehoe. Außerdem sollte die Verstärkung der Eisenbahnhochbrücke Hochdonn über den NOK bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes die höchste

Prioritätsstufe erhalten, damit die entsprechenden Güterzüge das Werk von Northvolt zukünftig auch erreichen können.

Gleichzeitig sind die politischen Bemühungen von Seiten der Landes- und Bundesregierung positiv hervorzuheben. Insbesondere die Landesregierung befindet sich in einem ständigen Austausch mit Northvolt und unterstützt die Ansiedlung nach Kräften.

Dennoch kann auch die Bundesregierung noch mehr tun und sich auf europäischer Ebene für eine bessere Förderkulisse der Batterietechnologie einsetzen.

Insbesondere aufgrund des kürzlich verabschiedeten Inflation Reduction Act der Vereinigten Staaten von Amerika sehen sich die Staaten der EU einem erheblichen Förderungsnachteil ausgesetzt. Wenn kritische Technologien und Bauteile nicht dauerhaft im EU-Ausland produziert werden sollen und die EU sich so erneut in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Wirtschaftsregionen wie China oder der USA begeben will, muss dort nachgesteuert werden.

Eine Möglichkeit sich im Bereich der Batterieproduktion und -forschung unabhängiger zu machen, wäre es sich für ein europäisches Batterie-Gesetz, das analog zum Europäischen Chip-Gesetz eingeführt werden könnte, stark zu machen. Im Bereich der Halbleiter- und Chipproduktion sollte die europäische Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit gesichert werden und so war das Gesetz einer der Hauptgründe für die Milliardeninvestition von Intel im Raum Magdeburg. Eine ähnliche Entwicklung im Bereich der Batterieforschung und -produktion sollte wegen der großen Bedeutung der Technologie für die Zukunft angestrebt werden.

Andreas Hein
und Fraktion

Ulrike Täck
und Fraktion

Sybilla Nitsch
und Fraktion